Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 32 (1953)
Heft: 3

Artikel: Der Kampf um den Frieden
Autor: Humbert-Droz, Jules
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336719

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

JULES HUMBERT-DROZ

Der Kampf um den Frieden

Die internationale sozialistische Arbeiterbewegung ist, ihrer stolzen alten Tradition entsprechend, jahrzehntelang an der Spitze des Kampfes gegen Krieg und Militarismus, für Völkerfrieden und Verständigung gestanden. Es ist zu bedauern, daß diese Tradition von der neuen Sozialistischen Internationale nicht mehr mit der gleichen Überzeugung und Tatkraft aufrechterhalten wurde, so daß andere Bewegungen bei der öffentlichen Meinung den Schein erwecken konnten, als ob sie energischer und konsequenter für den Weltfrieden kämpften als der demokratische Sozialismus.

Die Gefahren eines dritten Weltkrieges sind zu Beginn des Jahres 1953 nicht geringer geworden. Die Bemühungen Indiens, den Waffenstillstand in Korea durch einen vernünftigen humanen Kompromiß in der Frage der Repatriierung der Kriegsgefangenen zustandezubringen, sind an der schroffen Ablehnung der Sowjetunion gescheitert. Die Remilitarisierung in Ost und West verschlingt Milliarden und gefährdet die sozialen Errungenschaften der Menschheit.

Allerorten, in den Oststaaten wie in den Vereinigten Staaten Amerikas, erblickt man Agenten und Spione; Säuberungen werden durchgeführt, Todesurteile werden vollstreckt. Recht und Menschlichkeit, Achtung vor der Wahrheit und Sinn für Objektivität verschwinden, denn jeder muß fürchten, selbst suspekt zu werden. Die Staatsraison dient als Entschuldigung für alles Unrecht und alle Unmenschlichkeit . . . Lieber hundert Unschuldige als Spione hängen, als einen wirklichen Agenten entwischen lassen! Inquisitionsmethoden kommen zur Anwendung, sowohl bei den grausamen Schauprozessen des Ostens wie bei den Verhören der Untersuchungskommissionen von MacCarthy und MacCarran.

Einzig der internationale demokratische Sozialismus wäre heute imstande, gegen die von der herrschenden Kriegspsychose her drohende Verwilderung des internationalen Lebens, gegen den Zerfall des Rechtes und der Menschlichkeit Front zu machen. Die Sozialistische Internationale muß diese dringende Aufgabe in ihrer Tätigkeit erneut in den Vordergrund stellen.

Es handelt sich dabei nicht um die Schaffung einer Art Konkurrenz gegen die von Kominformseite inspirierten und dirigierten «Friedenspartisanen»; wie alle ehrlichen Friedensfreunde in der Welt, verfolgen die Sozialisten ganz andere Zwecke als die sogenannten «Friedenspartisanen». Diese haben unleugbar mit ihren gewaltigen Geldmitteln eine weltumfassende Propaganda entwickelt. Der Erfolg ist jedoch bescheiden und entspricht dem Einsatz nicht. Zweifellos haben die «Friedenspartisanen» ihren Kreis erweitern und eine bedeutende Zahl ehrlicher Pazifisten mitreißen können. Katholische und prote-

stantische Pfarrer, Intellektuelle, Schriftsteller von Rang treten an ihren Kundgebungen auf und halten schöne Reden. Millionen von Unterschriften werden unter Petitionen gesammelt. Aber diese geräuschvolle Tätigkeit hat sehr dürftige konkrete Resultate aufzuweisen. Nur diejenigen, die Lärm und Propaganda für Friedensaktionen halten, können sich mit dieser Geschäftigkeit zufrieden geben. Millionen von Menschen, die den Frieden mit ihrer ganzen inneren Überzeugung wollen, sind gegenüber der Aktion der «Friedenspartisanen» höchst mißtrauisch eingestellt; zahlreiche Friedensorganisationen, Antimilitaristen und Pazifisten wollen mit ihnen nichts zu tun haben, und die sozialistischen Parteien ebenso wie die freien Gewerkschaften haben gegen diese Friedenspropaganda offen Stellung bezogen.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat an ihrem Parteitag von Olten, im März 1951, einstimmig eine Resolution zur Verteidigung des Friedens angenommen, die den nachfolgenden Passus enthält:

> «Die Aktion der sogenannten Friedenspartisanen, die im Dienste der Kommunisten stehen, wird von der SPS entschieden abgelehnt. Die Friedensbeteuerungen der UdSSR und ihrer Satelliten können nicht ernst genommen werden, solange sie keinen ernsthaften Beweis ihres Friedenswillens durch Annahme des Vorschlages auf international kontrollierte Abrüstung geleistet haben.»

Warum dieses Mißtrauen gegenüber der kommunistischen Friedensbewegung?

Weil die Leitung dieser Bewegung in den Händen des Kominform und seiner Vertrauensleute liegt, weil ihre Propaganda mit der Außenpolitik des Ostblocks parallel läuft und weil ihre Ziele mit denjenigen des Kremls identisch sind.

Der Kampf dieser Friedensbewegung ist einseitig, er richtet sich ausschließlich gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und die Westmächte. In den Entschließungen ihrer Kongresse und Komitees wird alles ausgemerzt, was die leiseste Kritik an der Politik Wyschinskis sein oder auch nur scheinen könnte.

Sicher können sich Kongreßteilnehmer ziemlich frei aussprechen und Kritiken vorbringen; bei der von dem Kominform geforderten Erweiterung der Basis dieser Friedensbewegung sind solche Betriebsunfälle immer möglich und mußten in Kauf genommen werden. Nach außen muß der Eindruck einer freien Aussprache erweckt werden. Gerade darum müssen die Vertrauensleute des Kominform die Leitung der Organisation fest in der Hand behalten. Für gewöhnlich ist der Sekretär oder der Präsident, der den Apparat beherrscht, ein Vertrauensmann der Stalinisten. Die ganze andere Leitung kann dann aus Pfarrern, Intellektuellen, Gewerkschaftern, linken Sozialisten und Parteilosen bestehen. Der Sekretär hält die Organisation fest in der Hand und wacht über die Orthodoxie der Bewegung.

Die Art, wie der «schweizerische Kongreß für den Frieden», der am 5. Oktober 1952 in Zürich stattfand, organisiert wurde, gibt über diese interne Überwachung lehrreiche Auskunft.

Im Organisationskomitee waren Pfarrer, Erzieher, bekannte Aktivisten der verschiedenen religiösen Bewegungen zahlreich vertreten. Sekretär war jedoch der Stalinist Affolter, und er hatte die Organisation ganz in der Hand.

Um eine einheitliche Demonstration des Schweizervolkes zustandezubringen, versuchten die Quäker, die Organisation des Kongresses dem zahlreiche alte Friedensorganisationen umfassenden «*Schweizerischen Friedensrat*» zu überweisen, unter der Bedingung, daß den «Friedenspartisanen« und ihren Mitläufern volle Redefreiheit gesichert werde. Der Ehrenpräsident des Friedensrates, Prof. Edm. Privat, Neuchâtel, unterbreitete diesen Vorschlag der Quäker dem Organisationskomitee des Kongresses. Er wurde abgelehnt — Einberufung und Organisation des Kongresses sollten in der Hand von Sekretär Affolter bleiben! Das war für die «Friedenspartisanen» wichtiger als die Sammlung aller Friedenskräfte des Landes. Der Schweizerische Friedensrat und die große Mehrheit der ihm angeschlossenen pazifistischen Organisationen blieben dem Kongreß fern.

Im Laufe der geistigen Vorbereitung des Kongresses wurde von Nicht-Kominform-Seite gegen die Hauptforderung der in Vorschlag gebrachten Resolution, nämlich den Abschluß eines Friedenspaktes der fünf Großmächte, opponiert und vor allem die Beteiligung Indiens und anderer Großmächte an solchen internationalen Besprechungen verlangt.

Die ehrlichen Pazifisten, die an der vorbereitenden Sitzung teilnahmen, begriffen nicht, daß der *Friedenspakt der fünf Großmächte*, als Hauptforderung der russischen Außenpolitik, das Kernproblem des schweizerischen Kongresses sein sollte. Sie stimmten dem Antrag, diesen Punkt anders zu formulieren, zu. In der Einladung zum Kongreß konnte man die ketzerische, von der Kominform-Propaganda abweichende Formulierung lesen: «*Wir sind der Meinung, daß der Volkswille in erster Linie ein feierliches Versprechen aller Großmächte erreichen muß, die gegenwärtigen Zwistigkeiten auf friedlichem Wege zu regeln.*» Aber die Kulissenschieber waren wachsam: der Kongreß wurde geschickt auf die alte kominformistische Formulierung zurückgeführt. Der Aufruf des Zürcher Kongresses lautet kominformgetreu: «*Dieses Prinzip der Verhandlung muß in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, in der Frage des Kampfes gegen das Elend und beim Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Großmächten, der allen Nationen offensteht, gewahrt werden.*»

Um eventuell eine Verständigung herbeizuführen, kam eine Delegation des Schweizerischen Friedensrates mit einer Delegation des Organisationskomitees des Kongresses in Lausanne zusammen. Wortführer des Komitees war aber nicht dessen Präsident, Pfarrer Baroni, sondern der kominformtreue Sekre-

tär Affolter. Er erklärte ganz eindeutig, alle internationalen Friedensorganisationen könnten an den Kongreß eingeladen werden, mit Ausnahme jedoch des von jugoslawischen Kommunisten und von Sozialdemokraten gebildeten Friedenskomitees von Zagreb. Eine Einladung an diese internationale Friedensorganisation würde die «Friedenspartisanen» veranlassen, sich vom Kongreß fernzuhalten! Nichts beweist klarer die Abhängigkeit des Zürcher Kongresses von der Kominform-Politik. Frieden, ja — aber nicht mit Jugoslawien . . .

Eine Anzahl Pazifisten, die bestimmt nicht die Politik Stalins unterstützen, machen es uns zum Vorwurf, daß wir uns von diesen internationalen und nationalen Schaukongressen fernhalten. Der Friede, sagen sie, muß schließlich doch mit den Russen geschlossen werden. Wie soll man sich verständigen, wenn man nicht miteinander spricht? Sie selbst nehmen an allen diesen Kongressen teil, um «den Russen eindeutig ihre Meinung zu sagen und die Kominform-Politik zu beeinflussen».

Was für Illusionen!

Sicher muß man mit den Russen sprechen; eine friedliche Lösung der internationalen Spannungen kann nur durch Verhandlungen mit ihnen erreicht werden. Es sind aber zahlreiche Gelegenheiten vorhanden, wo bevollmächtigte Vertreter der Westmächte und des Ostblocks miteinander sprechen können. Der diplomatische Weg steht jederzeit offen. Die vielen Sitzungen und Versammlungen der UNO werden reichlich benützt, um miteinander zu sprechen und einander gegenseitig zu beschimpfen. In Panmunjon gab es täglich Gelegenheit, über den Waffenstillstand zu verhandeln. Zwischen den Westmächten und Rußland haben zahllose Konferenzen über Österreich und Deutschland stattgefunden, an denen ein Meinungsaustausch möglich war. Nicht an Gelegenheiten zur Aussprache hat es gefehlt, sondern an Verständigungswillen und Kompromißbereitschaft, und zwar nicht nur von seiten der Westmächte.

Es ist kindisch, zu glauben, die Russen würden auf die Reden einiger ehrlicher Friedensfreunde, die aber nicht die Meinung ihrer Regierungen vertreten, positiver reagieren. Die «Friedenspartisanen» und ihre Kongresse sind nicht dazu da, um ein Gespräch zwischen Ost und West und eine Diskussion über die Außenpolitik Rußlands zu veranstalten. *Sie sind Propagandaorgane des Kominform* mit dem Zweck, die öffentliche Meinung in erster Linie außerhalb des Ostblocks zu beeinflussen und — unter dem Vorwand des Kampfes für den Frieden — neue Mitläufer zu gewinnen. Wenn ein ehrlicher Pazifist mit Nenni oder Joliot-Curie, mit Professor Bonnard oder mit Nationalrat Jean Vincent spricht, so darf er sich nicht einbilden, er spreche mit Rußland. Stalin traf seine außenpolitischen Entscheidungen, ohne sich um die Meinung der «Friedenspartisanen» und der kommunistischen Parteien auch nur im geringsten zu kümmern.

Keine einzige Sektion der damaligen Komintern wurde von den russischen Kommunisten im voraus über den Nichtangriffspakt Stalin—Hitler orientiert, und noch weniger konsultiert. Die kommunistischen Parteien wurden von den Meldungen der offiziellen Depeschenagenturen überrascht. Es war nicht ihre Rolle, über diese Wendung der russischen Politik zu diskutieren und den Kreml ihre Meinung wissen zu lassen; ihre Rolle war es, die neue Politik Rußlands zu verteidigen. In der letzten Zeit wurden die Kominform-Agenten, die für eine friedliche Lösung des deutschen Problems ohne Remilitarisierung eintraten, durch den Vorschlag der russischen Diplomatie auf eine Remilitarisierung ganz Deutschlands bei einer allfälligen Wiedervereinigung und Neutralisierung des Landes überrascht. Sie änderten daraufhin sofort ihre Meinung und verteidigten, entgegen ihrer eigenen früheren Anschauung und ihrer tiefen Überzeugung, die Politik Rußlands. Es hat keinen Sinn, mit Lautsprechern und Grammophonplatten zu diskutieren!

Die Diskussionsfreiheit auf den von den «Friedenspartisanen» einberufenen Kongressen wird nur benützt, um den Eindruck zu erwecken, als ob jeder sagen dürfe, was er wolle, und um die langweilige Eintönigkeit der Propaganda zu unterbrechen. Immerhin werden diejenigen, die eine andere Friedenspropaganda vertreten und die russische Politik angreifen, sehr bald ausgeschaltet. So sind Zilliakus, Cassou und Rogger aus dem internationalen Rat der «Friedenspartisanen» entfernt worden, weil sie im Konflikt Kominform—Jugoslawien sich zugunsten Titos aussprachen. Zilliakus, hochgeschätzt, solange er als Abgeordneter der Labour Party mit dem Kominform zusammenarbeitete, wurde im Laufe des Slansky-Prozesses zum Agenten und Spion der Vereinigten Staaten gestempelt. Rogger hatte noch auf der «Partisanen»-Tagung von Warschau gesprochen. Vergebens sucht man seine Rede, ja sogar seinen Namen in dem in Moskau veröffentlichten Protokoll dieser Tagung.

Übrigens ist die Redefreiheit an solchen Kongressen eine beschränkte. Über die Freiheit am Wiener Kongreß hat dessen Präsident, Joliot-Curie, dem italienischen Senator Nitti folgende Antwort erteilt:

> «Le congrès des peuples ne pourra pas être une tribune où seraient discutés les mérites de tel ou tel régime, de tel ou tel mode de vie. Il s'agit de rechercher les points d'accord pour la paix et non pas de mettre l'accent sur des désaccords à propos de questions qui n'ont rien à voir avec le maintien de la paix.»

Das Regime in Amerika allerdings durfte ständig und scharf kritisiert werden. Die Redner mußten ihre Reden übrigens vorher schriftlich einreichen, angeblich wegen der Übersetzung. Einige wurden durch den Präsidenten Joliot-Curie aufgefordert, auf ihre Ausführungen zu verzichten oder sie zu ändern, wenn sie die Außenpolitik Rußlands kritisierten.

Die Abhängigkeit dieser Friedensbewegung von der Politik Rußlands wäre noch zu begreifen, wenn Stalin eine ehrliche Friedenspolitik verfolgt

hätte. Vor dem Zweiten Weltkrieg, zur Zeit des Antikominternpakts und der Kriegsdrohungen der Faschisten, hatten viele Friedensfreunde, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, im *«Rassemblement universel pour la Paix» (RUP)* mit den Kommunisten zusammengearbeitet. Hinter den Kulissen standen damals schon Vertrauensleute der Komintern und hatten durch den Präsidenten, Lord Robert Cecil, dessen Sekretär, Dolivet, ein Vertrauensmann der Komintern war, die Fäden in der Hand. Aber die damalige Außenpolitik Rußlands, unter Leitung Litwinoffs, förderte die kollektive Sicherheit und die Unteilbarkeit des Friedens in der Welt; sie diente dem Frieden. Heute, nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit, kann man nicht sagen, daß die Außenpolitik Rußlands friedensfördernd sei.

Viele allgemeine Forderungen der «Friedenspartisanen» könnten ohne weiteres von ehrlichen Friedensfreunden übernommen werden: gegen die Anwendung und die Herstellung der Atombombe, gegen den bakteriologischen Krieg, für die Abrüstung, gegen die Kriegspropaganda ... Aber im Ostblock wird mindestens soviel Kriegspropaganda gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, gegen Jugoslawien und Israel getrieben wie in den Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion. Die Atombombe wird in Rußland in ebensolchem Tempo und mit ebensolchem Eifer fabriziert wie in den Vereinigten Staaten, und die politischen und militärischen Führer Rußlands erklären mehrmals im Jahr, daß sie die stärkste Armee der Welt besitzen. Rußland weigert sich, auf seinem Gebiet eine Kontrolle der Atombomben und der Rüstungen zuzulassen. Es lehnt eine Regelung des Staatsvertrags mit Österreich ab unter dem Vorwand, daß die Frage Triest noch ungelöst sei ... Die «Friedenspartisanen» verlangen mit Recht die unverzügliche Einstellung aller Kampfhandlungen in Korea. Aber hatte denn Rußland nicht die Möglichkeit gehabt, durch sein Veto im Sicherheitsrat den Krieg der UNO in Korea überhaupt zu verhindern? In der entscheidenden Sitzung des Sicherheitsrates, an der der Krieg mehrheitlich beschlossen wurde, war Rußland abwesend. Gegen den Krieg in Korea machte Rußland von seinem Vetorecht nicht Gebrauch und hat dadurch den Krieg ermöglicht.

Zwischen der Propaganda der «Friedenspartisanen» und den Handlungen Rußlands klafft ein schreiender Gegensatz. Mit Recht konnte Hugo Kramer auf dem Wiener Schaukongreß an Ilja Ehrenburg die Frage richten, ob seine Anklage gegen die Vereinigten Staaten von Amerika nicht auch gegen Rußland erhoben werden könnte.

Die Hauptforderung der «Friedenspartisanen» scheint mir aber besonders gefährlich für den Frieden. An die Spitze der Friedenspropaganda stellen sie die Forderung nach einem *«Friedenspakt der fünf Großmächte»*, wobei natürlich nicht an die fünf Großmächte der UNO gedacht ist, sondern an die USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich und das kommunistische China. Diese

Ersetzung von Nationalchina durch die Volksrepublik China wäre an sich durchaus berechtigt, wird aber kaum möglich sein, solange die Volksrepublik China in Korea den Krieg gegen die UNO-Truppen führt.

Aber nicht hier liegt der Kern des Problems. Ein «Friedenspakt» zwischen den fünf Großmächten bedeutet, daß die Großen Fünf sich untereinander, ohne Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der kleinen Staaten, verständigen. «*Die kleinen Nationen werden eingeladen, sich diesem Pakt anzuschließen*», sagt die Resolution des Schweizerischen Kongresses für den Frieden. Aber die Verhandlungen und Entscheidungen der Großmächte über das Schicksal der anderen Nationen sind es, die zu den heutigen Spannungen und Kriegsgefahren geführt haben. Die Großen haben sich in Teheran, Jalta und Potsdam geeinigt, sie haben die Welt nach ihren Interessen organisiert und sich besondere Vorrechte in der UNO verschafft, nämlich das undemokratische Vetorecht der Großen Fünf. Solange die Großen Fünf einig waren, hatten die Kleinen sich zu fügen. Aber die Abmachungen wurden nicht eingehalten; die einen wie die andern haben sie verletzt und ihre Großmachtpolitik auf eigene Faust betrieben. Der «Friedenspakt» der Großmächte entspricht der alten imperialistischen Methode: gestützt auf ihre gewaltige Militärmacht verhandeln die Großstaaten, um die Welt unter sich in Einflußsphären aufzuteilen. Rußland ist heute der Überzeugung, daß es, als stärkste Militärmacht der Welt, mehr holen könnte, als es während des Krieges durch die Abmachungen von Jalta und Potsdam bekam. Darum wird Rußland keiner Lösung von Einzelproblemen, wie dem Staatsvertrag mit Österreich oder dem Waffenstillstand in Korea, zustimmen. Rußland will Machtpolitik betreiben und alle seine Trümpfe in der Hand behalten, um eine neue Teilung der Welt mit seinen großen Partnern zu erzwingen. Ich glaube nicht, daß Rußland beabsichtigt, Eroberungen mit der Waffe in der Hand, das heißt durch den Krieg durchzusetzen. Es ist ihm klar, daß dies einen dritten Weltkrieg bedeuten würde, und der Ausgang eines solchen Abenteuers ist ihm nicht sicher genug. Aber durch lokale Konflikte wie Korea, Indochina, Malaya, die Blockade Berlins, den Bürgerkrieg in Griechenland usw. versucht Rußland, die anderen Großstaaten, und in erster Linie die Vereinigten Staaten, zu einer Besprechung über eine Gesamtregelung der Weltspannungen zu bewegen und zu zwingen. Rußland ist bereit, mit den Vereinigten Staaten allein — ohne Mitwirkung Großbritanniens, Frankreichs und der Volksrepublik China — zu verhandeln und eventuell auf Kosten dieser Staaten eine Regelung zu treffen. Das letzte Interview Stalins an die amerikanische Presse über seine Bereitschaft, sich mit Eisenhower zu treffen, zeigt eindeutig diese Tendenz. Sie wurde in London auch sofort als solche aufgefaßt. Churchills Reise nach Amerika diente unter anderem dem Ziel, Großbritannien einen kleinen Platz am Verhandlungstisch zu sichern.

Stalin wußte aus eigener Erfahrung, wie vorteilhaft für Rußland eine solche imperialistische Kuhhandelspolitik ist. Er hat sie zuerst bei Hitler probiert; aus

den publizierten diplomatischen Akten geht eindeutig hervor, daß er selbst die Initiative zum Nichtangriffspakt mit Hitler ergriffen hat. Die Nazi waren zuerst erstaunt und mißtrauisch. Stalin opferte Litwinoff, um ihnen konkrete Beweise seiner Bereitschaft zu liefern. Der Nichtangriffspakt war aber nur eine Täuschung, eine Fassade für die Öffentlichkeit. Das eigentliche Ziel der Verhandlungen war eine Teilung der Einflußsphären in Osteuropa zwischen Hitlerdeutschland und Rußland: eine neue Teilung Polens, die Teilung der baltischen Staaten und Rumäniens. Gleichzeitig mit dem Abschluß des für die Öffentlichkeit bestimmten Nichtangriffspaktes wurde folgendes Geheimabkommen unterzeichnet:

Geheimes Zusatzprotokoll

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.
2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.
   Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.
   In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.
3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.
4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung
v. Ribbentrop

In Vollmacht der Regierung der UdSSR
W. Molotow

Diese Teilung Osteuropas zwischen dem räuberischen Hitler-Imperialismus und Stalin-Rußland wurde vorbereitet und durchgeführt, ohne daß weder die betroffenen Völker noch die kommunistischen Parteien dieser Staaten konsultiert wurden. Es war reine Macht- und Gewaltpolitik. Die Politik Stalins war ebenso imperialistisch wie diejenige Hitlers.

Nach der militärischen Besetzung Polens durch das freundschaftliche Zusammenwirken der deutschen Wehrmacht und der Roten Armee ergriff Stalin erneut die Initiative, um den polnischen Staat endgültig und vollständig zu liquidieren. Am 25. September 1939 rief er den Gesandten Hitlers in Moskau, von Schulenburg, zu sich und schlug einen Kuhhandel vor. Deutschland sollte das Kernstück Polens, die Gebiete Warschau und Lublin, annektieren, während Rußland als Gegenleistung Litauen inklusive Wilna annektieren sollte. Diese Vorschläge wurden von Hitler angenommen, und Ribbentrop unterzeichnete die neuen imperialistischen Abmachungen bei seiner zweiten Reise nach Moskau am 27. September 1939.

Polen wurde als unabhängiger Staat durch eine Verständigung zwischen Hitler und Stalin liquidiert, ebenso die drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen. Die räuberische Politik, die Peter der Große im Baltikum betrieben hatte, wurde von Stalin wieder aufgenommen. Auch Finnland war als Opfer dieser imperialistischen Politik vorgesehen, rettete aber seine nationale Freiheit durch den Defensivkrieg.

Die «Friedenspakt»-Politik Stalins mit Hitler wurde nicht auf Osteuropa beschränkt. Stalin war damals überzeugt, daß Hitler-Deutschland und seine Verbündeten den Krieg gewinnen würden, und er versuchte mit den damaligen drei Großmächten — Deutschland, Italien und Japan — einen «Friedenspakt» zustandezubringen.

Anläßlich seiner Berliner Reise im November 1940 stellte Molotow im Namen Stalins die Frage *einer Beteiligung der Sowjetunion an dem Antikominternpakt zwischen Hitler-Deutschland, Italien und Japan.* Die Teilung der Welt zwischen den faschistischen Imperialisten sollte nicht ohne Beteiligung Rußlands vor sich gehen. Molotow verhandelte über die Einflußsphären Rußlands auf dem Balkan und nannte Rumänien, Ungarn, Bulgarien und die Türkei. Wichtiger aber war die Verteilung der Beute, die sich nach der Niederlage und der Auflösung des britischen Imperiums bieten würde.

Hitler wollte eine Einigung zwischen den Großmächten vor dem Zusammenbruch Großbritanniens. Nach langen Verhandlungen übergab Ribbentrop Molotow einen Entwurf für eine Eingliederung Rußlands in den Antikominternpakt und für die Verteilung der Einflußsphären in Asien. Rußland sollte seine Expansion nach dem Süden vorstoßen, in Richtung des Indischen Ozeans, d. h. Türkei, Iran, Afghanistan, Indien usw. Japan war bereit, die Einflußsphären Rußlands in der Äußeren Mongolei und in Sinkiang anzuerkennen; ja es war sogar bereit, Süd-Sachalin den Russen zu überlassen.

Nach Hitlers Angriff auf Rußland versuchte Stalin, mit seinen neuen großen Verbündeten dieselbe Kuhhandelspolitik zu treiben. In Teheran, Jalta und Potsdam wurden neue «Friedenspakte» der Großmächte abgeschlossen, in denen Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten die Welt untereinander in Einflußsphären aufteilten.

Im Fernen Osten bekam Stalin, als Preis für seine Beteiligung am Krieg gegen Japan, Süd-Sachalin, die Kurilen und Vorrechte in der Mandschurei, in der Äußeren Mongolei und in Sinkiang zugeteilt. In Osteuropa erhielt er die Vorherrschaft über Ostdeutschland, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Albanien und Bulgarien. Es war die gleiche imperialistische Machtpolitik — mit anderen Partnern.

Ich habe diese Ereignisse ausführlicher dargestellt, weil viele ehrliche Pazifisten nicht verstehen, was die Forderung nach einem «Friedenspakt der fünf Großmächte» bedeutet. Die Geschichte der letzten fünfzehn Jahre scheint nicht bekannt oder schon vergessen zu sein.

Was Rußland mit dieser Forderung will, das ist eine Fortsetzung dieser imperialistischen Politik der Verteilung von Einflußsphären unter den Großmächten. Es versucht, die Trümpfe, die es in der Hand hält — den Friedensvertrag mit Deutschland, den Staatsvertrag mit Österreich, den Waffenstillstand in Korea, die Abrüstung, das Verbot und die Kontrolle der Atombombe usw., usw. — für eine allgemeine Verteilung und eine Erweiterung seines Machtbereichs auszuspielen.

Diese Hauptforderung der «Friedenspartisanen» und ihrer Mitläufer gefährdet den Frieden. Sie ist ein Bestandteil einer imperialistischen Politik der Aufteilung der Welt unter die Großstaaten. Und die Großstaaten sind diejenigen, die eine Militärmacht besitzen. Darum figuriert Indien nicht unter den Großen Fünf.

Die Grundlage für den Weltfrieden ist nach Kriegsende durch die Großmächte in Gestalt der UNO-Charta geschaffen worden. Die Prinzipien der Charta würden genügen, wenn die Großmächte sie achten und ihnen nachleben würden, anstatt die UNO zum Hauptkriegsschauplatz ihres Kalten Krieges zu machen. Ein neuer «Friedenspakt» der Großen Fünf ist daher vollkommen überflüssig.

*

Die erste Bedingung für eine echte Friedensbewegung muß in ihrer vollen Unabhängigkeit von der Machtpolitik der beiden großen Blöcke, des Ost- und Westblocks, bestehen. Sie kann weder die Stärkung der Roten Armee noch den Ausbau der Atlantikpakt-Streitkräfte noch die Atombombe als Garant und Grundlage des Friedens betrachten.

In unserem Lande erfüllt der *Schweizerische Friedensrat* diese Bedingung. Die sogenannten «Friedensparlamente», welche nach dem Zürcher Kongreß von den «Friedenspartisanen» ins Leben gerufen wurden, sind dagegen ab-

hängig von der Ostblockpolitik und mißbrauchen die Friedensbewegung zugunsten der Großmachtpolitik Stalins.

Die Unabhängigkeit der Friedensbewegung bildet aber nur die Voraussetzung für eine breite, vertrauenerweckende Friedensbewegung. Weitere Grundsätze müssen festgelegt werden, und ich versuche, sie hier in zehn Punkten zu formulieren:

1. Verurteilung des Krieges als Mittel zur Erreichung wirtschaftlicher und politischer Ziele und friedliche Beilegung aller internationalen Konflikte durch ein internationales Schiedsgericht.
2. Angreifer ist derjenige Staat, der den Entscheid eines internationalen Schiedsgerichtes nicht anerkennt und ihm nicht Folge leistet.
3. Verurteilung von jeder Art militärischen, politischen und finanziellen Drucks oder Drohung sowie jeder Aggression und Kriegspropaganda gegen irgendeinen Staat.
4. Anerkennung der völligen Rechtsgleichheit aller Nationen, groß oder klein, und des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen auf volle staatliche Unabhängigkeit und Souveränität; dadurch die Liquidierung des Kolonialismus.
5. Freiwilliger Zusammenschluß aller freien Nationen in einer Weltorganisation und freiwilliger Verzicht auf Teile der Staatssouveränität zugunsten einer solchen übernationalen demokratischen Weltbehörde, die durch Ausbau und Reform der UNO zustandekommen könnte.
6. Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht aller mittleren und kleineren Staaten bei allen Diskussionen und Entscheidungen, die ihre nationale Unabhängigkeit und Interessen berühren.
7. Notwendigkeit einer großzügigen und selbstlosen Hilfe für die ungenügend entwickelten Länder von seiten der internationalen Gemeinschaft.
8. Gewährleistung der Achtung vor den Menschenrechten und der individuellen Freiheit in allen Staaten und in allen Teilen der Welt.
9. Progressive, international kontrollierte Beschränkung aller Rüstungen als erster Schritt zur totalen gleichzeitigen Abrüstung aller Staaten. Internationale Konventionen zum sofortigen, international kontrollierten, totalen Verbot der Atomwaffen sowie der bakteriologischen und der chemischen Waffen.
10. Gewährleistung des freien Verkehrs von Waren, Menschen, Informationen und Ideen zwischen allen Völkern der Welt.

Könnten sich nicht alle Sozialisten und alle ehrlichen Friedensfreunde auf solche oder ähnliche Grundsätze einigen, um den Kampf gegen die zunehmende Kriegsgefahr energischer zu führen und die Welt vor der Vernichtung zu bewahren?